
4074/J XXII. GP

Eingelangt am 23.03.2006

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

Der Abgeordneten Katharina Pfeffer und GenossInnen
an den Bundesminister für Landesverteidigung
betreffend ***ausstehende Gebührenausszahlung für HNaA-Bedienstete***

Seit Mai 2005 werden Bediensteten des Heeresnachrichtenamtes (HNaA) keine Gebühren ausbezahlt. Das heißt: Sämtliche Gebühren, die unter die Reisegebührenverordnung fallen wie beispielsweise Dienstreisen, Dienstzuteilungen, Nebengebühren, ... werden erst nach monatelanger Verzögerung vergütet. Ausschlaggebend dafür sind Personalprobleme in der Abteilung PersB, wodurch der normale Ablauf der Verrechnung nicht mehr durchführbar ist.

Die selbe Problematik ergibt sich bei den Überstunden und teilweise auch für befohlene Dienste. Die Summe die für den November 2005 zugewiesen wurde war so gering, dass nicht einmal die Altlasten aus den Vormonaten abgegolten werden konnten. Durch Budgetprobleme erfolgte bis dato keine finanzielle Zuweisung.

Der Personalvertretung sind zahlreiche Beschwerden zugetragen worden. An den Amtsleiter wurde eine Beschwerde für alle Bediensteten eingebracht, der vorangegangene Beschluss dazu erfolgte über alle Fraktionsgrenzen einstimmig.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Landesverteidigung folgende

Anfrage:

1. Sind Ihnen die oben geschilderten Umstände bekannt?
2. Welche Wartezeiten sind für die Auszahlung von Gebühren gerechtfertigt?
3. Warum werden Dienstreisen, Dienstzuteilungen und Nebengebühren an die Bediensteten des HNaA nicht ausbezahlt?
4. Wie und wann wollen Sie diese Missstände lösen?
5. Welche Lösung schlagen Sie für die Zukunft vor?
6. wird die im Dezember 2005 einstimmig beschlossene Sammelbeschwerde der Personalvertretung bereits behandelt?
7. Wenn ja: Welches Ergebnis haben die Verhandlungen gebracht?
8. Wenn nein: Warum nicht?
9. Was halten Sie von dem Plan des gewerkschaftlichen Betriebsausschusses, bei der Generalversammlung im Herbst den Antrag einzubringen, die Reisegebührenverordnung dahingehend zu ändern, dass eine Auszahlungsfrist einzuhalten wäre?